

Weimar reloaded?

Warum es die Deutschen nicht schafften,
den Anfängen zu wehren, und
was ihnen nun zu tun bleibt.

von
Gregor Mayntz

Gregor Mayntz, Jahrgang 1960, arbeitet seit vielen Jahren als Hauptstadtkorrespondent der Rheinischen Post in Bonn und Berlin. Seit 2011 ist er Vorsitzender der Bundespressekonferenz. Mayntz hat promoviert bei Karl Dietrich Bracher, dem exzellenten Kenner jener Umstände, die zur Auflösung der Weimarer Republik führten.

Inhalt

Vorwort

Einleitung

Mauerfall und Mauerbau als Symbole von
Zeitenwenden

Die neue Wahrnehmung der traditionellen Systeme
Erzberger und Lübcke

Aspekte des Scheiterns und der Stabilität

1. **War Weimar nur schwach, ist Berlin nur stark?**

Selfie aus dem Bürgerkrieg

Goldene Zeiten aus dunkelsten Startbedingungen

Weimars beeindruckendes Erfolgspotenzial

Die vielen Zufälle des Bonner Erfolgs

Die Schwächen des Grundgesetzes

Die weniger wehrhafte Demokratie

Planspiele mit „schwach“ und „stark“

2. **Legendenbildung: Vom Dolchstoß zur Grenzöffnung**

Grenzöffnung als Ausdruck von Begeisterung

Durchlässige deutsch-deutsche Grenze

„Grenzöffnung“ als dramaturgische Fiktion

Das Entstehen der Dolchstoßlegende

Fatale Fehler der deutschen Heeresleitung
Eberts missverständlicher Satz
Die Rahmenbedingungen des 4. September 2015
Administratives Vakuum in Griechenland und der
Türkei
Sehnsucht nach sicheren nationalen Grenzen
Die „Herrschaft des Unrechts“

3. Den Anfängen wehren - aber was sind die „Anfänge“?

Der allererste Zwischenruf gilt Hitlers
Ermächtigungsgesetz
Der erste Bundespräsident und die „Gnade des
Vergessens“
Adenauers Ankündigung einer Nazi-Amnestie
Die „Anfänge“ in der Weimarer Republik
Der Einschnitt von 1945
Die Einbindung von Nazis in das DDR-System
Die Inflation des „Nazi“-Begriffes
Die Defizite der Wiedervereinigung
„Anfänge“ nicht als statische, sondern dynamische
Vorstellung

4. Von Preußen nach Brandenburg - die Länder und der Bund

Der Bund als Beute
Föderalismus in der Weimarer Reichsverfassung
Vor- und Nachteile von Zentralismus und
Föderalismus
Die verhängnisvolle „Ordnungszelle Bayern“
Strukturvergleich der Länder damals und heute

Ländergrenzen durch Whiskey und Wodka
Die Aufgaben des Bremer Verfassungsschutzes
Flüchtlingspolitik im Föderalismus
Bildungsstandards im Föderalismus

5. **Die Parteien jenseits der Extreme**

Das Gartenhäuschen in der CDU-Zentrale
In Weimar ein Start aus der Mitte heraus
Regierungsparteien verharren im Oppositionsmodus
Der zersplitterte Liberalismus
Katholisches Zentrum statt christliche Partei
Keine verbreiterte Basis für die SPD
Das Lavieren der SPD am Beispiel Locarnos
Die Destabilisierung der Republik
Der Bonner Neuanfang
Besser nicht als falsch regieren?
Die Volksparteien im Herbst ihrer Existenz?

6. **Medien im Umbruch - ihre Rolle in der deutschen Demokratie**

Die Berliner „Blase“
Die Glaubwürdigkeit der Medien
Das Prinzip des „Könnte so sein“
Die Mär von gleichgeschalteten und fremdgesteuerten Medien
Systemkritik und „Mainstream“
Wenn Politiker sich selbst „interviewen“
Die neuen Schleusenwärter
Zersplitterte Presselandschaft in der Weimarer Republik

Zeitungen als Teile von Parteien
Der Hugenberg-Konzern
Neue Dynamik in den 1920er Jahren
Der Wiederbeginn von 1945
Etwas Großes verrutscht

7. Die staatlichen Institutionen in Zeiten neuer Herausforderungen

7.1 Die Behörden

Falsche Weichenstellungen zu Beginn der Weimarer Republik
Legalitätskurs Hitlers lässt Behörden wegschauen
Rechtsextremistische Bedrohungen am Anfang der Bundesrepublik
Aus der APO wächst der Linksterrorismus
Der Rechtsterror tritt in Erscheinung
Der Irrtum der sächsischen „Immunität“

7.2 Die Gerichte

Kaum republikfreundliche Juristen
Justiz als Stütze des Sozialismus in der DDR
Justiz in der Kontinuität des Nationalsozialismus
Der Nazijäger Fritz Bauer
Wie lange noch Vertrauen in die Justiz?

7.3 Das Parlament

„Semiparlamentarismus“ in der Weimarer Republik

Bundestag mit verlässlich erfüllten Staats- und Gesellschaftsfunktionen

Ansätze einer Entwertung des Parlamentes in der Kanzlerschaft Merkel

Arbeitspraxis des Bundestages zu binnenfixiert

Fehler im Umgang mit der AfD

Destruktive Mehrheiten beim Wahlrecht

7.4 Das Militär

Die Sonderstellung des Militärs in der Weimarer Republik

Die Reichswehr als Schutz der entstehenden Republik

Die Paradoxie des sozialistenfreien Heeres

Der bedingungslose Neustart der Bundeswehr

Primat der Politik in den Streitkräften neuen Typs

Umstrittene Einsätze im Innern

7.5 Der Präsident

Der Präsident und sein Notverordnungsrecht

Von der Machtfülle zum Machtvakuum

Die Bonner Abkehr vom Weimarer Präsidenten

Das Profil der Bundespräsidenten

Die Macht des Wortes

Die Überdehnung der Verfassung

Reservemacht und Stabilisator in Krisenzeiten

8. **Das internationale und historische Umfeld**

Mauerfall aus Versehen

Die Skepsis der Europäer gegenüber der Wiedervereinigung
Die von Moskau gestoppte Volksarmee
Vor den Braunhemden wüteten die Schwarzhemden
Fataler Rückzug der USA von der Weltbühne
Die Fehler der Europäischen Union
Das Erstarren von Rechtsextremisten und Rechtspopulisten
Neue terroristische Herausforderungen
Historische Rahmenbedingungen der Berliner Republik

9. **Das wirtschaftliche Umfeld**

Die Weltfinanzkrise von 2008
Warnungen vor neuerlichem Crash
Die Situation nach dem Ersten Weltkrieg
Das Wirtschaftssystem der Weimarer Verfassung
Die Folgen der Inflation
Der verheerende Kurs Brüning
Die Situation nach dem Zweiten Weltkrieg
Weichenstellungen Richtung Wohlstand
Ost-West-Unterschiede
Minimaler Schuldenabbau bei maximalen Steuereinnahmen
Emotionale Energiepolitik
Fehlende Leuchttürme
Die gequetschte Mittelschicht

10. **Wenn der Demokratie die Demokraten ausgehen**

Auf der Suche nach Parität im Parlament

Streit um Repräsentanz in Weimar
Demokratie weder von oben noch von unten
Krisenverschärfende Intellektuelle
Das Problem des neuen Generationenwechsels
„Rezo“ und sein Zerstörungswerk
Chancen und Gefahren von „Fridays for Future“
Die Sehnsucht nach Diktaten
Mitte und Linksaußen im Schulterschluss
Mitte und Rechtsaußen im Schulterschluss

11. **Staatsmänner und Populisten**

Der phänomenale Aufstieg des KT
Die Weimarer Republik verlor wichtige
Persönlichkeiten
Die Mythisierung Hindenburgs
Hitlers Weg vom Nichts zum Monster
Wie wird ein am wenigsten Geeigneter US-
Präsident?
Wenn das Gefühl fehlender Würde Populisten
interessant macht
Populistisches Dynamisierungspotenzial in
Deutschland

12. **Gegen das „System“ - wie viel Weimar steckt in der AfD?**

Monty Python und die AfD
Vergleichsbezüge in der Weimarer Republik
Die Umfeldbedingungen bei der AfD-Gründung
Beispielloser Siegeslauf der Neugründung
Rechtsverschiebung und Kontinuitäten der AfD

Höcke oder Hitler?

Attraktiv für bürgerliche Konservative und
Rechtsradikale

13. **Zwölf Thesen zur Zukunft der Demokratie**

Die Zwischenbilanz: Weimar reloading

1. Demokratie kommt und bleibt nicht von allein
2. Legenden müssen rechtzeitig auf Widerspruch stoßen
3. „Den Anfängen wehren“ ist täglich neue Verpflichtung
4. Bund und Länder müssen zu einem neuen Miteinander finden
5. Integrierende Parteien brauchen mehr Attraktivität
6. Die Demokratie braucht Orte der verlässlichen Kommunikation
7. Der Staat muss Demokratie-Sicherungen einbauen
8. Vereinigte Staaten von Europa garantieren Frieden und Demokratie
9. Nur eine starke Wirtschaft sichert die Demokratie
10. Wenn die Demokratie die Jugend nicht gewinnt, verliert sie selbst
11. Die Demokratie muss populärer als Populisten werden
12. Es bedarf einer vielfältigen Auseinandersetzung mit der AfD

Abkürzungsverzeichnis

Bibliografie

Personenregister

Vorwort

Eine Unterhaltung beim Sonntagsfrühstück im Januar 2018 stand am Anfang der Idee für dieses Buch. Das Thema hatte der rheinlandpfälzische AfD-Chef Uwe Junge geliefert – mit seinem unsäglich dröhnend-drohenden Tweet zu den vermeintlich Verantwortlichen von Gewalttaten. Er bezog sich auf eine Betrachtung auf einem „liberalkonservativen“ Blog¹ über Gemeinsamkeiten der Morde an einer 15-Jährigen in Kandel und einer 19-Jährigen in Freiburg, und er prophezeite: „Der Tag wird kommen, an dem wir alle Ignoranten, Unterstützer, Beschwichtiger, Befürworter und Aktivisten der Willkommenskultur im Namen der unschuldigen Opfer zur Rechenschaft ziehen werden: Dafür lebe und arbeite ich. So wahr mir Gott helfe!“² Unmittelbar darauf hatte sich eine Debatte darüber entzündet, ob die AfD nun alle Befürworter einer Willkommenskultur ins Gefängnis stecken wolle. Nachdem der frühere Grünen-Politiker Volker Beck Junge provokativ gefragt hatte, ob das dann nach der „Methode Freisler #volksgerichtshof“ laufen werde oder was er sonst konkret damit meine, ritt sich Junge mit seiner Antwort drei Tage nach dem ersten Tweet nur noch tiefer hinein in den Sumpf von suggestiven Schlagworten, Hetze, Hass und scheinbarer Rechtsstaatlichkeit: „Gesetze anwenden! Schnell, aber natürlich juristisch korrekt. Nur schneller, konsequenter und vor allem unnachsichtiger! Mit dem Volksgerichtshof hat das nichts zu tun, sie dogenkonsumierender linker Hetzer und Deutschlandhasser!“³

Dies war zur Jahreswende 2017/18 nur ein weiteres Beispiel für ein Phänomen, das zunehmend Furcht und Beklemmung auslöste. Junge wollte also alle „Ignoranten,

Unterstützer, Beschwichtiger, Befürworter und Aktivisten“, die die Ankunft von Flüchtlingen im Frühherbst 2015 mit freundlichem Gesicht und tatkräftiger Unterstützung begleitet hatten, als Mittäter vor Gericht stellen. Da ihm klar sein muss, dass dies mit rechtsstaatlichen Maßstäben nicht das Geringste zu tun hat, griff er zur beliebten populistischen Drohkulisse mit dem Bild „Der Tag wird kommen...“. Damit suggerierte er, dass es die staatlichen Verhältnisse derzeit noch nicht zulassen, alle diese seine politischen Gegner vor Gericht zu stellen und einzusperren, dass er aber dafür „lebe und arbeite“, dass es genauso kommen möge.

Wir kamen bei diesem Sonntagsfrühstück zu der Einschätzung, dass Junge die meisten in unserer Familie gemeint haben muss und dass die AfD wohl gewaltige Lager wird bauen müssen, um die vielen Millionen einsperren zu können, wenn sie denn den Rechtsstaat beseitigt haben sollte. Die Überlegungen drehten sich dann darum, dass es wohl nur um einen weiteren Versuch gehe, mit Provokation, Einschüchterung und Grenzüberschreitung Schlagzeilen zu produzieren. Als Journalist sah ich mich doppelt herausgefordert. Natürlich kam der Gedanke an eine von Junge verlangte „Rechtfertigung“ nicht in Frage. Dass ich die Willkommenskultur sowohl mit Sympathie als auch mit Skepsis und Hinweisen auf problematische Entwicklungen begleitet hatte, ging Junge nichts an. Das ist elementarer Bestandteil der Meinungsfreiheit, die tapfer zu verteidigen einst auch Junge als Soldat per Eid geschworen hatte. Für diese Meinungsfreiheit würde ich auch jede Konsequenz zu tragen bereit sein. Daraus entwickelte sich am Familientisch die weitere Überlegung, dass es doch viel sinnvoller sei, es nicht bei der bloßen Bereitschaft für den Fall eines Verschwindens von Demokratie und Rechtsstaat zu belassen, sondern schon lange vorher, also jetzt, anzusetzen, um zu verhindern, dass es dazu überhaupt kommt. Die Gespräche im Familien- und Bekanntenkreis

hatten längst immer wieder um ganz bestimmte Erwartungshaltungen gekreist: Einer, der bei Karl Dietrich Bracher, dem weitsichtigen Pionier bei der Erforschung des Untergangs der Weimarer Republik, promoviert hat und als langjähriger Korrespondent und Vorsitzender der Bundespressekonferenz über direkten Zugang zu den Abläufen der Bundespolitik verfügt, müsse doch in besonderer Weise die Hintergründe und Zusammenhänge der aktuellen mit denen der historischen Entwicklung vergleichen können.

So entstand die Idee zu „Weimar reloaded?“. Die Verwirklichung war aber von Anfang an nicht auf einen Schnellschuss angelegt nach dem Motto: Ich such mir was von heute, such dazu was Passendes von damals und fertig ist die Mahnung vor Weimarer Verhältnissen. Es sollte ein grundlegendes Gerüst entstehen, das über den Tag hinaus Zusammenhänge sichtbar machen kann. Daraus folgte, sich auf die Perspektive der Menschen der Weimarer Zeit einzulassen, statt mit inquisitorischer Schuldzuschreibung durch die Geschichte zu wüten. Das Ergebnis ist an manchen Stellen so erstaunlich wie bedrückend: Es gibt so viele Mechanismen und Erscheinungsformen, die 1919 und folgend vergleichbar sind mit denen, die wir heute ausmachen. Dabei zeigen die Finger jedoch mitnichten auf diejenigen allein, die in jüngster Zeit vermehrt als „Nazis“ bezeichnet werden. Es geht genauso um das Verhalten auf der linken Seite des politischen Spektrums und ganz besonders um die Entwicklungen in der Mitte der Gesellschaft. Medien, Staat, Wirtschaft, Parteien, Persönlichkeiten, internationales Umfeld gehören ebenfalls zu denen, die ihren größeren oder kleineren Anteil am Untergang der ersten Demokratie hatten. Nicht ein Aspekt allein war verantwortlich für den Weg von der Ebert-Demokratie über das Hindenburg-Experiment zur Hitler-Diktatur. Viele haben sich nicht genug gekümmert. Und auch aktuell sind sie nicht davor gefeit, fatale Fehler zu

machen. Somit konnte dieses Buch kein weiteres Statement werden, mit dem eine Seite in ihrer Überzeugung gestärkt wird, ruhigen Gewissens auf die andere zeigen zu können. Wenn wir Weimar gründlich analysieren und mit der aktuellen gesellschaftlichen, politischen, wirtschaftlichen und internationalen Entwicklung in einen Zusammenhang bringen, dann bekommen wir eine Vorstellung davon, dass sowohl ein „Nazis raus“ wie ein „AfD-Wähler-Verstehenwollen“ bei weitem nicht reicht. Plakativer ausgedrückt: Hatte wirklich irgendeiner daran geglaubt, dass ein neuer Nationalsozialismus eigens anklopfen und sagen würde: „Hallo, ich bin der Nationalsozialismus!“? Würde er nicht eher in völlig neuem Gesicht daherkommen und in einer eskalierenden Lage, in einem von Hass und Hetze zunehmend zerrissenen Land ohne Anklopfen zum Beispiel dafür werben, dass es da eine faszinierende Alternative mit einer wohltuend erfrischenden Ablösung verkrusteter Strukturen durch einen „solidarischen Patriotismus“⁴ gibt? Wer will zu einem solchen Entwurf in weiten Kreisen des Bürgertums schon Nein sagen? Und wer wird sich in diesem Beispiel durch „Vorsicht-Nazis“-Warnungen von der Faszination abschrecken lassen?

Dieses Buch setzt sich also zwischen alle Stühle. Und es stellt die Selbstgewissheit fest gelegter Standpunkte in Frage. Das entspricht nicht den gängigen Erwartungen an eine Veröffentlichung, von der große Auflagen zu erwarten sind. Wer die linke Mitte der Gesellschaft mit Belegen für die Schlechtheit und Gefahren der „Nazis“ versorgt, kann mit großer Resonanz rechnen. Auch die Gegenerzählung einer wachsenden Rechtsaußen-Publizistik gegen das angeblich linksgrünversiffte Establishment kann sich einer erstaunlichen Verbreitung erfreuen. Und doch ist beides Teil des Problems. Dieses Buch möchte Teil der Lösung sein, auch wenn es damit verlegerischen Bestseller-Erwartungen vordergründig nicht gerecht wird. Deshalb erblickt es hier

auf dem Selbstvermarktungsweg das Licht der Öffentlichkeit.

Meiner Frau Sonja möchte ich an dieser Stelle besonders danken; sie hat das Projekt inspirierend, recherchierend, korrigierend und nicht zuletzt publizierend unterstützt. Für alle Fehler trage ich die Verantwortung. Nachdem Teile schon fertiger Kapitel mehrfach umgeschrieben werden mussten, weil die darin enthaltenen Prophezeiungen über mögliche weitere Entwicklungen inzwischen eingetreten waren, ist auch nach Erscheinen der 1. Auflage an weitere Aktualisierungen gedacht. Hinweise auf Errata nehme ich daher gerne entgegen. Bei der Lektüre anderer Bücher habe ich es als störend empfunden, für das Suchen nach den Anmerkungen häufig viel Zeit mit Unterbrechung des Leseflusses aufwenden zu müssen. Der Leser findet die Anmerkungen daher hier konsequent auf derselben Seite. Bücher als häufig genannte Quellen tauchen dann nur mit Autor, Jahr und Seitenzahl auf. Sie sind in der Bibliografie am Ende des Buches mit Titel und weiteren Angaben aufgeführt. Zugriff auf Akteure und Autoren ermöglicht auch das umfangreiche Personenregister. Die Verlage gehen bei Neuauflagen unterschiedlich mit der Konfrontation alter Publikationen mit neuer Rechtschreibung um. Im Folgenden wurden alle Zitate einheitlich den neuen ß-und-ss-Regeln angepasst. Da die Medienhäuser die Trennwände zwischen Print- und Online-Ausgaben niederreißen und vermehrt auch frühere Printbeiträge online nachträglich zur Verfügung stellen, wurde auf die Unterscheidung verzichtet und der jeweilige Markenbegriff gewählt.

Wenn in diesem Buch die männliche Sprachform verwendet wird, sollte sie in ihrem jeweiligen Kontext geschlechtsneutral verstanden werden. Sie dient einzig der leichteren Lesbarkeit.

Gewidmet ist das Buch meinen Enkeln Walter, Henry, Loreley und Bertha und ihrer Generation. Damit sie niemals

fragen müssen, warum wir es gesehen, aber nicht erkannt haben.

Gregor Mayntz
Berlin, 8. Dezember 2019

¹ Roland Kraus: Duplizität der Fälle von Freiburg und Kandel. In: Tichys Einblick, 29. Dezember 2017 [https://www.tichyseinblick.de/meinungen/freiburg-kandel/amp/?_twitter_impression=true] (29.10.2019)

² https://twitter.com/uwe_junge_mdj/status/946869602553925634?lang=de(29.10.2019).

³ Schreibfehler im Original, vergl. ebenda.

⁴ Höcke 2018, S. 246.

Einleitung

Es passiert etwas mit dieser Gesellschaft. Seit einigen Jahren hat sich eine eigentümliche Dynamik entwickelt, die gut zu fühlen und doch schwer zu fassen ist. Wie schon in früheren Abschnitten der Zeitgeschichte ist etwas in Bewegung geraten, was vielen den Atem nimmt. Wie 1989. In den Jahrzehnten davor hatten sich die Zeitungsleser daran gewöhnt, dass die Politik-Experten für sie aus winzigsten Anzeichen und versteckten Hinweisen tagelang intensive Interpretationen möglicher langfristiger Entwicklungen ableiteten. „Kreml-Astrologie“ nannte man das. Und es bedeutete im Grunde doch nur das eine: Die Hoffnung, dass sich irgendwann irgendwas durch irgendwen irgendwohin bewegen möge. Und das, obwohl doch jeder wusste, dass der Ost-West-Konflikt festbetoniert war und sich die Gesellschaftssysteme der westlich-demokratischen und der östlich-kommunistischen Welt in einer nur von vorübergehenden Auflockerungsübungen unterbrochenen Erstarrung gegenüberstanden. Gedacht wurde in Jahrzehnten und mehr. „Die Mauer wird in 50 und auch in 100 Jahren noch bestehen bleiben“, prognostizierte der damalige SED-Generalsekretär und DDR-Staatsratsvorsitzende Erich Honecker am 19. Januar 1989 in Ostberlin. Keine zehn Monate später waren die Mauer und er Geschichte. Und mit ihnen weitere elf Monate später ein ganzer Staat, ein scheinbar fest gefügtes politisches System.

Mauerfall und Mauerbau als Symbole von Zeitenwenden

In dieser Phase blieb kein Stein auf dem anderen. Und Ereignisse, mit denen die Zeitungen früher über Tage ganze

Seiten gefüllt hätten, waren plötzlich angesichts der Fülle von Veränderungen an so vielen Orten in so vielen Bereichen in so kurzer Zeit bestenfalls Kurzmeldungen weit hinten. Als Honecker Anfang 1989 die Beharrungskraft des Mauer-Symbols betonte, war bereits viel Trotz im Spiel. Er hatte natürlich längst bemerkt, was sich bei der Vormacht des Ostens mit der vom neuen starken Mann der Sowjetunion, Michail Gorbatschow, vorgegebenen Politik von „Perestroika“ und „Glasnost“ (Umbau und Öffnung) an bis dahin unvorstellbaren Neuentwicklungen ergeben könnte, und stemmte sich dagegen. „Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben“, meinte Gorbatschow vieldeutig, als er zum 40. Geburtstag der DDR am 6. und 7. Oktober 1989 in Ostberlin war.⁵ Noch am Abend der festlichen Paraden begannen mutige Proteste in Berlin. Bereits im Sommer hatte mit der ungarischen Grenzöffnung nach Österreich die Zeit des Umbruchs neue symbolische Bilder bekommen. Sie machten klar: Die Mauer wird vielleicht in 50 oder 100 Tagen nicht mehr stehen. Und so kam es.

Und nun hat es die Welt mit umgekehrten Vorzeichen zu tun. Trotz oder gerade wegen seines puren Populismus, erschreckenden Rassismus und seiner penetranten Verächtlichmachung von Minderheiten hat es Donald Trump ins Weiße Haus geschafft. Wohl auch weil das Alternativangebot in Person von Hillary Clinton offenkundig nicht attraktiv genug war. Nun hat die Vormacht der westlichen Welt ebenfalls einen Umbau begonnen. Der von Trump folgt jedoch nicht dem Gorbatschows. Es ist kein modernisierender, sondern ein restaurativer. Und statt Öffnung setzt Trump auf Schließung. 30 Jahre nach dem weltweit gefeierten Fall der Mauer klingt es wie ein Treppenwitz der Geschichte, dass Trump beharrlich das Ziel verfolgt, eine neue Mauer zu bauen. „Reißen Sie die Mauer nieder, Mr. Gorbatschow“, rief der 40. US-Präsident Ronald Reagan am 12. Juni 1987. Der 45. steht auf der anderen

Seite und verkündet: „Die Mauer kommt“ – und zwar optisch frisch aufgemacht, grafisch angelehnt an die Prophezeiung „Der Winter kommt“ aus der Erfolgsserie „Game of thrones“.⁶ Damit dreht er den Gründungsmythos der USA ins Gegenteil: „Gebt mir eure Müden, eure Armen, eure geknechteten Massen, die frei zu atmen begehren“, steht zwar immer noch als Inbegriff der amerikanischen Erfolgsstory aus Menschenrechten, Freiheitsliebe und Dynamik einer Einwanderernation auf einer Tafel am Fuß der Freiheitsstatue in New York. Doch Trump hat es mit seiner Politik und seiner Propaganda mit einem „Bleibt bloß weg!“ grell überpinselt.

Mit immer mehr Protektionismus mauert er die amerikanische Wirtschaft ein und riskiert damit, Auslöser oder zumindest Verstärker einer neuen Weltwirtschaftskrise zu werden. Über Jahrzehnte war die Welt daran gewöhnt, die internationale Kooperation Schritt für Schritt zu verbessern, die wachsenden globalen Herausforderungen bei der Rettung des Planeten vor dem Klimakollaps mit immer ausgeklügelteren Verträgen und Vereinbarungen in den Griff zu bekommen, Vertrauen zu schaffen und das Vorangehen der Starken mit den Schwachen im Schlepptau zu unterstützen. Und plötzlich steigt die Weltmacht Nummer eins aus der Rettung der Welt aus, angeführt von einem Klimakrisenleugner, der damit berechenbare und faktenbasierte Strategie durch eine Taktik ersetzt, die ihre Denkmuster aus Versatzstücken von Verschwörungstheorien bezieht. Und so wie die Medien 1989 angesichts der sich überschlagenden guten Nachrichten bestenfalls Kurzmeldungen über eigentlich sensationelle Ereignisse brachten, haben sie es jetzt mit einer derart großen Fülle von schlechten Nachrichten zu tun, dass die Wahrnehmung selbst schwerwiegender Verfehlungen schwindet. Die nachweisbare Lüge eines Präsidenten hätte die Nation über Wochen und Monate beschäftigt, weltweit die Frage nach

einem Amtsenthebungsverfahren aufkommen lassen. Jetzt wird das ständige Beugen der Fakten, Trumps anhaltende Verdrehung von Facts und Fakes nur noch von aufmerksamen Medienportalen registriert: Nach einem Jahr im Amt hatte Trump die Schallmauer von 1.000 Falschaussagen durchbrochen, im Sommer 2019 die Zahl 5.000 hinter sich gelassen.⁷ Diese Statistik passt zum bis dato schlicht unvorstellbaren Bild eines US-Präsidenten, der seine Unterstützung nicht daraus ableitet, das Land zu versöhnen, sondern der es weiter spaltet und mit ausländerfeindlichen, rassistischen und erniedrigenden Appellen seine Wiederwahl so vorbereitet, wie er seine Wahl geschafft hat.

Die von Trump initiierten Umwertungen bleiben nicht auf die USA beschränkt. In London ist Boris Johnson inzwischen Premierminister geworden, also genau der Politiker, der mit völlig falschen Zahlen die Stimmung für den Brexit hochgekocht hatte. Er wollte nach einem Verlassen der EU 350 Millionen Pfund, die dann angeblich Woche für Woche nicht mehr an Brüssel überwiesen werden müssten, in das britische Gesundheitssystem stecken. Tatsächlich waren es im Schnitt wohl nicht einmal 250 Millionen, und zwar ohne Gegenrechnung der Leistungen der EU an Großbritannien. Und vor allem: Ohne Gegenrechnung der vielen weiteren Vorteile einer EU-Mitgliedschaft etwa in wirtschaftlicher, gesellschaftlicher oder kultureller Hinsicht.

Es sind international schwere Zeiten für die Redlichkeit in der Politik und die Verlässlichkeit politischer Aussagen. Das bildet aber nur den Hintergrund für die Entwicklungen in Deutschland, die viele Menschen fragen lassen, wie es dazu nur kommen konnte. Etwa wenn sie ein Video von einer Pegida-Veranstaltung sehen, bei der eine grölende Menge „Absaufen! Absaufen!“ als empfohlenen Umgang mit Flüchtlingen auf dem Mittelmeer ruft.⁸ Oder wenn am 1. Mai eine Schar von Rechtsextremisten in der Anmutung eines

SA-Marsches der 30er Jahre durch Plauen zieht - mit Trommeln, Fackeln, Fahnen und dem Ruf „Deutschland erwache!“?⁹ Wenn in Dortmund bei einem nächtlichen Fackelzug Neonazis den Ruf „Nationaler Sozialismus jetzt, jetzt, jetzt!“ skandieren.¹⁰ Wie muss sich das Klima in der Gesellschaft verändert haben, wenn allein im ersten Halbjahr 2019 die Behörden 589 Angriffe auf Politiker registrierten?¹¹ Was passiert gerade in Deutschland, wenn 83 Prozent der Bevölkerung im Sommer 2019 die Einschätzung vertreten, dass die Gesellschaft zunehmend verrohe, der Umgang der Menschen untereinander rücksichtsloser und brutaler werde.¹² Was sagt es über das aktuelle und künftige Klima der Kulturnation, wenn nahezu flächendeckend Druck auf Theater und Museen ausgeübt wird, ein „selbstbewusstes Bekenntnis zur deutschen Identität“ abzulegen, wie es „nur die AfD“ vertrete, um noch öffentliche Fördermittel in Anspruch nehmen zu dürfen?¹³ Zugleich sind die über Jahrzehnte scheinbar fest gefügten Verlässlichkeiten eines stabilen Parteiensystems in Auflösung begriffen. Die Wähler gaben mal dem einen, mal dem anderen Lager den Auftrag zur Regierungsbildung, mal entschied die eine, mal die andere Kleinpartei mit darüber, welche von den beiden großen Volksparteien die Regierung anführen konnte. Die Bürger hatten die Wahl zwischen einer Mitte-Regierung mit einem christdemokratischen und einer Mitte-Regierung mit einem sozialdemokratischen Kanzler. Die Grundorientierung blieb dabei erhalten. Im Sommer 2019 reicht es in den Umfragen nicht einmal mehr für eine Regierungsmehrheit für Union und SPD zusammen. In Thüringen kamen beide zusammen bei den Landtagswahlen am 27. Oktober 2019 nicht einmal mehr auf ein Drittel der Stimmen. Die einstmals erdrückend „große“ Koalition jener Parteien, die insgesamt die Entwicklung der Republik zu einem wohlhabenden, friedlichen Land zu verantworten hatten, ist ganz klein geworden. Und erstmals ist es in

einem Bundesland nicht mehr möglich, eine Regierungsmehrheit aus der Mitte des Parteienspektrums heraus zu bilden. Die Mehrheit stellen die Ränder: Die Linke und die AfD. Bei diesem Befund liegt Weimar plötzlich nicht nur geografisch nah an Erfurt, auch wenn die Vergleichbarkeit der aktuellen Thüringer Linken mit den Kommunisten von Weimar sehr stark eingeschränkt werden muss.

Dabei hatte sich die weltweite Erwartungshaltung nach dem Fall der Mauer und dem Kollaps der Sowjetunion immer schneller um ein „Ende der Geschichte“¹⁴ gedreht. Dem Ende einer Geschichte, die über Jahrtausende hinweg geprägt gewesen war von Krisen, Konflikten und Kriegen entlang von Systemauseinandersetzungen. Nun hatte das westliche demokratische Prinzip gesiegt, und die Gegenwart würde jetzt gekennzeichnet sein von der Einhaltung der Menschenrechte, der individuellen Mitwirkung an der politischen Willensbildung und einem fairen Interessenausgleich zwischen demokratischen Systemen. Dass weltweit nicht mehr im Namen von Ideologien gelitten und gestorben, sondern in pluralen Demokratien frei gelebt würde, schien nur noch eine Frage eines sehr überschaubaren Zeitraumes zu sein.

Aber schon in der Diskussion um Francis Fukuyamas These vom „Ende der Geschichte“ war für kurze Zeit der Begriff „Weimar“ wie ein entferntes Wetterleuchten am blauen Himmel erschienen. Denn 1992 war nicht nur das Erscheinungsjahr von Fukuyamas Buch in Deutschland. Dieser Abschnitt der deutschen Geschichte steht auch für Ereignisse wie die Ausschreitungen in Hoyerswerda (Sachsen/1991), Rostock-Lichtenhagen (Mecklenburg-Vorpommern/1992) sowie die Brandanschläge in Mölln (Schleswig-Holstein/1992) und Solingen (Nordrhein-Westfalen/1993). In der historischen Wissenschaft wurden erstmals Parallelen zu Weimar gezogen, weil hier ein

„Ideenkonglomerat“ habe besichtigt werden können, das „schon in den ersten Jahren der Weimarer Republik erschreckend virulent“ gewesen sei.¹⁵ Schon zu Beginn der 90er Jahre wurde auf die Fülle von Forschungsergebnissen in zurückliegenden Jahrzehnten zu den vielen Faktoren verwiesen, die zur Auflösung der Weimarer Republik¹⁶ geführt hatten. Doch mit der Anwendung der Erkenntnisse auf konkrete andere oder spätere demokratische Systeme tut sich die Wissenschaft weiterhin schwer.¹⁷ Dies kann sicherlich so lange als unerheblich abgetan werden, so lange alle Parameter des Scheiterns am Beispiel Weimars nachhaltig im grünen Bereich sind. Genauer hinzuschauen lohnt indessen, wenn die Gesellschaft selbst massive Veränderungen in ihren Grundüberzeugungen, in ihrer Kommunikation und in ihrer grundsätzlichen Stimmung entdeckt. Es reicht dann nicht, die vermeintlichen Lehren des Grundgesetzes aus den oft beschriebenen Fehlern der Weimarer Reichsverfassung heranzuziehen und die Sache im Wesentlichen abzuhaken. Denn die Forschung ist sich, um es mit den Worten des Historikers Hans Mommsen festzuhalten, inzwischen weitgehend einig, „dass es nicht die Mängel des Verfassungswerks gewesen sind, welche die Instabilität und schließlich die Existenzkrise der Republik verursacht haben“.¹⁸

Die neue Wahrnehmung der traditionellen Systeme

In den USA hat sich die Stimmung schon vor Jahren gründlich gedreht. Die in den 30er Jahren des letzten Jahrhunderts geborenen Amerikaner erklärten noch zu 71 Prozent, es sei „absolut wichtig, in einer Demokratie zu leben“, bei den in den 60er Jahren Geborenen sagten das nur noch 51 Prozent und unter den in den 80er Jahren Geborenen sind es inzwischen nur noch 29 Prozent, die sich hinter diese Aussage stellen.¹⁹ Sie bilden nun die Generation, die für die Weiterentwicklung von Politik und

Gesellschaft die Verantwortung übernimmt. Ausgerechnet die Bürger jener Supermacht, die über Jahrzehnte die Fackel der Demokratie über der Welt erstrahlen lassen wollte, nähern sich in ihren Grundüberzeugungen jenem Gegenspieler an, der vom Kommunismus zu Autokratie und Oligarchie übergegangen ist und das russische Modell als „gelenkte Demokratie“ versteht. Gleichzeitig drängt mit Macht und immens wachsendem Einfluss das chinesische Modell in die globale Wahrnehmung: Die Phase schreckhafter Kommunisten, die Angst vor dem Demokratie- und Freiheitswillen des eigenen Volkes haben, ist im Übergang begriffen zu selbstbewusst auftretenden Propagandisten eines kommunistisch gesteuerten Kapitalismus als Gegenentwurf zur westlichen Welt. Sie fragen, welches System die Bedürfnisse der Menschen besser erfüllt - und stellen dabei Bauzeiten von Großprojekten, enge Fristen beim Umsteuern in der Klimapolitik und das für jeden greifbare Schaffen von persönlichem Wohlstand in eine Reihe mit den Gesetzmäßigkeiten eines Einparteien-Kommandosystems²⁰. Dem gegenüber lässt sich nicht nur aus chinesischer Sicht das Fiasko beim Versuch, nahe Berlin einen Flughafen zu bauen, die Verwerfungen der Migrations- und Finanzmarktkrise, das Scheitern an selbstgesetzten Klimazielen und die wachsende Verlustangst bei großen Teilen der Bevölkerung in eine Reihe stellen mit der (fragwürdig gewordenen) Effizienz der deutschen Demokratie.

Gerade in Deutschland machen die Entwicklungen der letzten zwei Jahre vielen Menschen Angst. Es gab zwar in der wissenschaftlichen Forschung über Jahrzehnte immer wieder den Vorbehalt, dass die Nachkriegsdemokratie vor allem zur Zufriedenheit der Menschen geführt hatte. Sie hatte die Sehnsucht nach Frieden erfüllt mit der Einbindung in die westliche Partnerschaft. Sie war dem Bedürfnis nach

Stabilität gerecht geworden durch die Beständigkeit des Parteiensystems. Und sie hatte individuelles Wohlbefinden begünstigt durch ein Wirtschaftswachstum, das mit immer größeren sozialstaatlichen Leistungen einherging. Aber sie hatte es nicht mit wirklichen Bewährungsproben zu tun bekommen. Lange standen die Bürger der Bundesrepublik unter dem Verdacht, vielleicht doch nur „Schönwetterdemokraten“ zu sein, zumal das Allensbach-Institut im Februar 1949 mit Blick auf die absehbare Gründung der Bundesrepublik lediglich 51 Prozent Befürworter feststellen konnte.²¹ Doch nachdem die Herausforderungen durch den Terrorismus der 70er Jahre bestanden, die Zustimmung der Bevölkerung selbst in wirtschaftlichen Krisenzeiten erhalten geblieben und sogar die Wiedervereinigung als größtes Ziel des geteilten Nachkriegsdeutschlands geschafft war, hatten sich diese Einschränkungen weitgehend erübrigt. Offensichtlich lauerte da kein systemgefährdender Extremismus hinter der nächsten Krise. Und ganz offensichtlich hatte sich auch das Konfliktpotenzial für grundsätzliche Systemzweifel mit dem Zerfall der Sowjetunion und der von ihr beherrschten und später beeinflussten Staaten einschließlich der DDR aufgelöst, waren die Deutschen nach den Worten des damals Regierenden Bürgermeisters von Berlin, Walter Momper, beim Mauerfall „das glücklichste Volk der Welt“.²²

Was ist in den drei Jahrzehnten seitdem passiert, dass es Grund gibt, die in den vier Jahrzehnten zuvor gewachsenen Verlässlichkeiten in Frage zu stellen? Bereits 1956 war der Schweizer Deutschland-Korrespondent Fritz René Allemann zu dem Schluss gekommen, dass Bonn eben nicht Weimar sei. Quer durch alle Feuilletons war vor und während des Umzugs 1999 von Parlament und Regierung nach Berlin diese Erkenntnis auf die neue Konstellation übertragen und festgestellt worden, dass auch Berlin nicht Weimar sei. Selbst unter dem Eindruck sich auflösender Volksparteien

gab der damalige NRW-Ministerpräsident Jürgen Rüttgers einem von ihm herausgegebenen Sammelband noch im Jahr 2009 den apodiktischen Titel: „Berlin ist nicht Weimar.“²³ Die Autoren machten das unter anderem fest an den damaligen Befunden, wonach 95 Prozent Befürworter der demokratischen Idee und immerhin drei Viertel mit der konkreten Form zufrieden waren, die die Demokratie im Grundgesetz gefunden hat.²⁴ Wie sieht das zehn Jahre später aus? In einer ähnlichen Befragung sah dasselbe Institut Allensbach nur noch 77 Prozent der Menschen in den westdeutschen Bundesländern und gerade mal 42 Prozent in den ostdeutschen Bundesländern, die die praktizierte Demokratie in Deutschland für die „beste Staatsform“ hielten.²⁵ Unterhalb der weit verbreiteten grundsätzlichen Unterstützung der Demokratie scheint hier zumindest ein Erosionsprozess eingesetzt zu haben.

„Weimar reloaded?“ stellt die Frage, ob sich alte grundsätzliche Gefahren in neuem Gewand breitgemacht haben. „Weimar reloaded?“ heißt aber nicht, dass irgendwo ein neuer Hitler an einem neuen „Mein Kampf“ schreibt, in dem er auf einen neuen Holocaust hinauswill. Die Hypothek des Völkermordes an den europäischen Juden sensibilisiert einerseits für die notwendige Auseinandersetzungen mit den Mechanismen der Gefährdungen einer Demokratie. Sie zwingt gerade die Deutschen fast acht Jahrzehnte nach der Wannseekonferenz in eine fortwährende Verantwortung für das Geschehene und sie unterstreicht: „Auschwitz“ ist die besondere Verpflichtung, es nie mehr so weit kommen zu lassen. Außenminister Heiko Maas hat das eindrucksvoll als seine persönliche Motivation für das Eintreten in die Politik beschrieben.²⁶ Doch „Auschwitz“ erschwert zugleich die konkrete Auseinandersetzung, weil jeder Hinweis auf Parallelen der Entwicklung zwischen 1919 und 1933 automatisch alle Aspekte der Zeit von 1933 bis 1945 einsammelt und damit suggeriert, dass der Kritisierte auch

für Willkürstaat UND NS-Diktatur UND Genozid stehe und diese Kritik natürlich übertrieben und mit nichts zu rechtfertigen sei. Gauland ist nicht Goebbels, Höcke ist nicht Hitler. Und jeder pauschale Gebrauch des Wortes „Nazi“ als Kennzeichnung für rechtsextreme, ja sogar für rechte, konservative oder sogar liberale Politiker vernebelt auf der einen Seite die differenzierte Auseinandersetzung und verharmlost auf der anderen Seite die historischen Verbrechen.

So oft der Vorsatz in Gedenkreden wachgehalten wurde, aus den monströsen Dimensionen der Unmenschlichkeit die Lehre zu ziehen, künftig allen Anfängen zu wehren, damit sich so etwas nicht mehr wiederholen werde, so oft hinderte er Deutschland auch daran, sich solche „Anfänge“ konkret vor Augen zu führen und auf diese Weise wappnen zu können. Nehmen wir etwa die Rede des damaligen Bundestagspräsidenten Philipp Jenninger am 10. November 1988 und ihre Folgen. Er hatte den Mut (damals nannte man es die „Denkfiguren rechten Spießertums“²⁷), die Unterstützung für das verbrecherische Hitler-Regime nicht nur mit Terror und Krieg zu erklären, sondern die Stimmung der Zeit aufzugreifen und die Argumentation der Millionen Mitläufer klar vor Augen zu führen: Jenninger sprach nicht nur von „staunenerregenden Erfolgen“, die mit Hitler an die Stelle von außenpolitischen Demütigungen, Massenarbeitslosigkeit und Straßenschlachten getreten seien, er stellte auch einen Kontrapunkt zu den Vorjahren her, indem er feststellte: „Hitlers Erfolge diskreditierten nachträglich vor allem das parlamentarisch verfasste, freiheitliche System, die Demokratie von Weimar selbst.“²⁸ Doch Öffentlichkeit und Politik holten den Nazi-Hammer heraus und erzwangen den Rücktritt des Bundestagspräsidenten schon am folgenden Tag. Der damalige Vorsitzende des Zentralrates der Juden, Ignatz Bubis, machte seine Meinung zu den Vorgängen klar, indem

er ein Jahr später in einer Frankfurter Synagoge die umstrittensten Passagen von Jennings Rede ohne vorherige Kenntlichmachung Wort für Wort selbst vortrug. Ein Skandal blieb aus. Und auch zum Zeitpunkt von Jennings Rede hatte die Geschichtswissenschaft längst detailliert dargestellt, dass Hitler durch „Verführung und Gewalt“ so weit kommen konnte und dass ständige Unterschätzung „Aufstieg und Machtergreifung des Nationalsozialismus begleitet und ermöglicht“ hatte.²⁹ Gleichwohl führt das Jenninger-Beispiel vor Augen, wie sich in der Bundesrepublik Mechanismen gebildet hatten, die den Zugang zur Wahrnehmung neuer Gefährdungen in ungewohntem Gewand erschwerten. Dieser Zugang soll im Folgenden geöffnet werden.

Erzberger und Lübcke

Zu den bedrückendsten Erkenntnissen beim Abfassen dieses Buches gehört die Erfahrung, dass Aspekte, die beim Entstehen der ersten Teile des Manuskriptes noch mit Vorbehalt als mögliche künftige Entwicklung charakterisiert werden sollten, in der Zwischenzeit deutlich wahrscheinlicher geworden oder sogar schon eingetreten sind. Das bezieht sich etwa auf die verbrecherischen Folgen der Hass-Eskalationen im Internet, die in einen Politikermord mündeten. „Hätte mich vor einigen Jahren jemand gefragt, ob ich mir vorstellen könnte, dass jemals wieder so gesprochen würde in dieser Gesellschaft? Ich hätte es für ausgeschlossen gehalten“, bekannte bereits ein Jahr zuvor Publizistin Carolin Emcke³⁰. Auch in der Weimarer Republik herrschte eine öffentlich verbreitete Hetze in einem derartigen Ausmaß, dass sie zu politischen Morden führte. Insofern lassen sich der 26. August 1921 und der 2. Juni 2019 in ihrer Vorgeschichte miteinander verknüpfen. Der wegen seiner Unterstützung des Versailler Vertrages verhasste Zentrumspolitiker Matthias Erzberger und der wegen seiner Unterstützung der humanitären

Flüchtlingspolitik angefeindete CDU-Politiker Walter Lübcke fielen denselben Mechanismen zum Opfer. Und doch sollte es nicht vordringlich Aufgabe dieser Untersuchung sein, aktuelle Phänomene aufzugreifen und dann zwanghaft nach Parallelen in der Weimarer Republik zu suchen, um eine schnelle These für die üblicherweise aufgeregte Debatte zu liefern. Dieser Anspruch hätte zu kurz gegriffen und nur zu einer vordergründig und nur für den Augenblick gültigen Mahnung führen können. Es geht vielmehr um eine grundsätzliche Parallelbeschreibung unter der Fragestellung: Was waren die wesentlichen Faktoren, die zum Scheitern der Weimarer Republik führten, und wie ist es heute um diese Faktoren bestellt? Das Ergebnis mag durchaus darin bestehen, von Kapitel zu Kapitel zu einem mitunter aktuell eher beruhigenden Befund und nur zu Besorgnis in Ansätzen zu gelangen. Das Ergebnis mag sich in ein oder zwei oder drei Jahren aber durchaus anders lesen.

Aspekte des Scheiterns und der Stabilität

Um zu einer besseren Vergleichbarkeit von 2019ff und 1919ff zu kommen, ist es zunächst einmal nötig, die Perspektive über die festgefahrenen Vorstellungen hinaus zu weiten: Musste Weimar wirklich scheitern oder hatte es nicht vielmehr alle Chancen, aus vorübergehenden Funktionsschwächen und systematischem Versagen wieder herauszufinden? Und umgekehrt: Ist die Bundesrepublik nach 70 Jahren beispielloser Erfolgsgeschichte wirklich mit so kräftigem demokratischem Fundament ausgestattet, dass da nichts brüchig werden und nichts ins Rutschen geraten kann? Womöglich mit zunehmender und kaum noch beherrschbarer Dynamik?

Dem folgt ein Blick auf eine der schwersten Hypothesen für die Weimarer Demokratie: die mentale Schuldzuweisung für die unerwartete Kriegsniederlage an die demokratischen Akteure mittels einer dreisten Legendenbildung. Hier geht es um das Entstehen und die Wirkungen der

Dolchstoßlegende, aufgrund derer Millionen Deutsche die Kapitalfehler der Kriegsführung aus dem Blick verloren und sich willig der Interpretation anschlossen, die im Feld unbesiegte kämpfende Truppe sei durch die Akteure der demokratischen Revolution von hinten erdolcht worden. Und es geht um das aktuelle Phänomen ähnlicher Legendenbildung, wonach durch die angebliche „Öffnung“ der Grenzen ein „System des Unrechts“ entstanden sei. Wie konnte das entstehen, was sind mögliche Wirkungen?

Das dritte Kapitel widmet sich dem über Jahrzehnte gepflegten Vorsatz, in dieser Nachkriegsdemokratie mit aller Kraft „den Anfängen wehren“ zu wollen. War das eine realistische Option? Gab es „Anfänge“ in Weimar und wurden sie zu einem „Nie wieder“ genutzt, wofür nach den fast jede Familie treffenden verheerenden tödlichen Auswirkungen des Weltkrieges jeder Anlass bestanden hätte? Und gab es parallel dazu klar zu identifizierende Neuanfänge jenseits der äußeren Daten von Kapitulation, Länderneugründung, Verkündung des Grundgesetzes und Souveränität Deutschlands? Oder war dieser Vorsatz von vorneherein fragwürdig, da er in beiden Fällen auf tönernen Füßen ruhte?

Es mag verwundern, dass danach als erstes der Föderalismus in den Mittelpunkt gerückt wird. Wer in diesem Staat für welche Aufgaben zuständig ist und welche Einnahmequellen zur Verfügung hat, mag von den Erkenntnisinteressen des durchschnittlichen Staatsbürgers so weit entfernt sein, wie der Biss in den Apfel vom Wirken der pflanzlichen Enzyme beim Metabolismus. Berichte über die über Monate mit großem Aufwand tagenden Föderalismuskommissionen gehörten zu den am wenigsten geklickten Beiträgen im Internetangebot von Zeitungen. Aber deshalb diesen Aspekt vernachlässigen zu wollen, würde bedeuten, einen wesentlichen Faktor für Zustimmung oder Ablehnung zu einer demokratischen Ordnung aus dem Blick zu verlieren. Es ist deshalb zu skizzieren, wie die